

# Demografischer Wandel Chancen für ein Grünes Bamberg

100



0



**Positionspapier des Bamberger Arbeitskreises**  
**Demografischer Wandel**

Bamberg: Hier sind Familien zu Hause

Nachbarschaft im Wandel: Quartiersentwicklung

Die Stadt im Wandel - Wohnen in der Gemeinschaft

Selbstbestimmt Wohnen im Alter

Wohnraum im Altbestand

Mobilität im Wandel - Anforderungen an eine alternde Stadt

Demografischer Wandel und Pflege

Fachkräfte als kommunale Strategie

<p>14. September 11 h Maxplatz</p> <p>Grüne stellen sich dem demografischen Wandel Präsentation des Positionspapier</p> <p>Ab 10 h Performance mit Start am Gabelmann</p>	<p>5. Oktober 10-12 h Gabelmann</p> <p>Grünes Worldcafe</p> <p>Wie wollen wir alt werden und wie alt wollen wir werden?</p>	<p>19. November 17 h</p> <p>Neunmal selbstbestimmt leben in Oberfranken</p> <p>Führung durch die Ausstellung</p>
<p>Dezember</p> <p>Glühwein, Geschichten und Pflege-Plätzchen</p>	<p>18. Januar 10-13 h</p> <p>BUSsi-Tag</p> <p>Problem Bus? Wir helfen</p>	<p>14. Februar 10-13 h</p> <p>Untere Brücke und Grüner Markt</p> <p>Blumen für rücksichtsvolle Radler und Fußgänger</p>

# Arbeitskreis demografischer Wandel

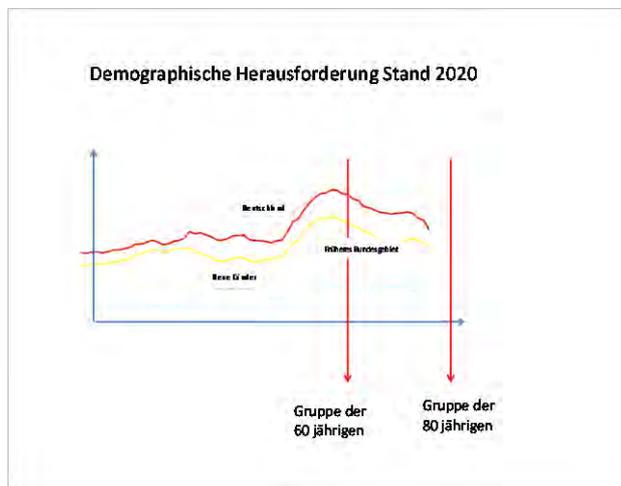
Welche Herausforderungen stellt eine alternde Stadt an ein Grünes Bamberg?

Vorbereitung der Bamberger Kommunalwahl im März 2020 und Handlungshilfe für die Stadtratsperiode 2020 - 2026.

## Leitfaden, Ideengeber, Forderungskatalog, Analyse, Hintergrund

In den nächsten 30 Jahren wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung dramatisch verändern, bevor sich in gut einer Generation eine stabile Bevölkerungspyramide auf niedrigerem Niveau einpendeln wird.

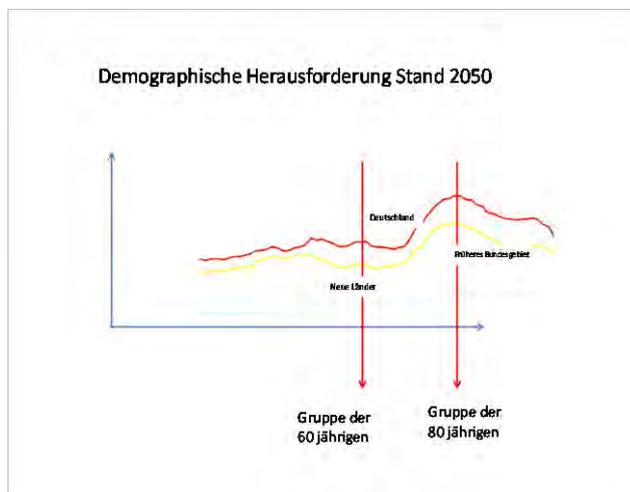
Dies bleibt nicht ohne gravierende Auswirkungen.



Arbeits- und Fachkräftemangel u.a. im Handwerk, bei Polizei und Rettungskräften, im Transportgewerbe und auf dem Bau werden bereits heute diskutiert. Ganze Branchen sorgen sich um ihre Entwicklung.

Besonders beunruhigend sind die Prognosen in der Pflege und im Gesundheitswesen.

Gleichzeitig wohnen dem Wandel Chancen inne, die wir aufzeigen wollen:



Entwicklung altersgerechter Wohnformen und Förderung einer nachhaltigen, familienfreundlichen Stadtentwicklung

Schaffung der Voraussetzungen für selbstbestimmtes Wohnen zu Hause auch im hohen Alter

Stärkung der Stadtteilquartiere und Förderung neuer Nachbarschaftsmodelle

Stärkung des Umweltverbundes und Entwicklung bzw. Förderung von Mobilitätshilfen

**Leitgedanke: Die altersgerechte Stadt ist grün, lebendig und für alle lebenswert.**

Mit dabei: Judith Aumüller-Kirchschlager, Peter Gack, Bertrand Eitel, Thomas Michael, Marie Reichmann, Alfred Scheidel, Ludmilla Schenker, Wolfgang Schenker,

Ein besonderer Dank gilt Anton Zahneisen von der ARGE Bamberg für die fachliche Unterstützung.

# Bamberg: Hier sind Familien zu Hause!

Ein seniorenrechtliches Bamberg ist auch ein familienfreundliches Bamberg. Familienförderung ist ein wesentlicher Baustein, um die Überalterung der Stadtgesellschaft zu mildern.

Wir GRÜNE werden uns auch in den kommenden Jahren für ein familienfreundliches und bildungsgerechtes Bamberg einsetzen.

Ein Bamberg, in dem

- Kinder sicher in öffentlichen Räumen toben, spielen und die Natur erleben können,
- die Stadtbau GmbH bezahlbare Wohnungen für Familien aller Art schafft,
- frühe Hilfen und Familienhebammen junge Familien unterstützen,
- Senior\*innen von der „Stadt der kurzen Wege“ und neuen Wohnprojekten profitieren,
- es neue Pflegeheime und Kurzzeitpflegeplätze gibt,
- barrierefreie Wohnungen allen zugutekommen,
- die Stadt barrierefrei und Begegnungsraum für alle ist.
- Kinder- und Jugendarbeit von der Stadt aktiv unterstützt wird
- Volunteer Days für Jugendliche in Pflegeheimen etabliert werden

Bamberg ist eine lebenswerte Stadt für alle Generationen. Wir GRÜNE stehen für ein solidarisches und wertschätzendes Miteinander von jungen und alten Menschen, von Familien in ihrer ganzen Vielfalt, Alleinstehenden, Kindern, Jugendlichen und Senior\*innen. Alle sind Teil der großen bunten Mischung unserer Stadtgesellschaft. Kindergerechtigkeit, gutes Leben für Familien und alte Menschen sind Ziele, die uns GRÜNEN besonders am Herzen liegen. Wir finden uns nicht damit ab, dass bei vielen Kindern – auch in Bamberg - der Lebensweg schon von Geburt an vorbestimmt ist und sie von Armut betroffen sind. Wir fordern, dass jedes Kind, egal in welcher Umgebung es aufwächst, eine Chance auf ein gutes Leben bekommt. Eine vielfältige Stadt setzt voraus, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Familien müssen ihr Leben so gestalten können, dass Beruf und Familie gut miteinander vereinbar sind. Nur zusammen und solidarisch können wir einander soziale Sicherheit geben.

## Kinder brauchen Freiraum

Wir wollen, dass die Rechte von Kindern ernst genommen werden und dass jedes Kind die bestmöglichen Entwicklungschancen erfährt. Eines unserer wesentlichen Ziele ist es, dass die Stadtentwicklung und Verkehrspolitik die Interessen von Kindern stärker berücksichtigt. Kinder sollen sich sicher auf den Straßen und in der Nähe der Straßen bewegen können und nicht von fahrenden und parkenden Autos verdrängt werden. Wir wollen Freiräume zum Spielen und Bewegen. Wir wollen erreichen, dass Kinder nicht mit dem Auto in die Schule gebracht werden müssen, weil der Verkehr auf dem Schulweg zu gefährlich ist. Kinder brauchen vielfältige Angebote im öffentlichen Raum, die ihren Bewegungs- und Übungsbedürfnissen Rechnung tragen, beispielsweise wohnortnahe Spielplätze, Bolzplätze, Basketballkörbe oder Skateanlagen.



Spielplatz im Erba-Park

Als „Nutzer\*innen“ müssen sie eigene Ideen und Vorschläge in die Planungsprozesse einbringen können. Sowohl das Wohnumfeld als auch die Stadt als Ganzes müssen Anreize bieten, die Umgebung, versteckte und offene Räume sowie Flora und Fauna zu entdecken, sich mit Gleichaltrigen zu treffen und sich ohne Aufsicht von Erwachsenen in der Auseinandersetzung mit der Umwelt zu entwickeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass solche öffentlichen Räume bei allen städtebaulichen Planungen mitgedacht werden.

### **Kinder brauchen Sicherheit**



Die Kinderarmut stagniert trotz der guten allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf hohem Niveau. Über 1.100 Bamberger Kinder (das sind über 11% der Kinder unter 18 Jahren) leben in Familien mit Hartz-IV-Bezug. Kinder von Eltern, die Arbeitslosengeld II beziehen, haben schlechtere Chancen, einen guten Bildungsabschluss zu erreichen. Sie sind in der Regel weniger gesund als andere Kinder und nehmen insgesamt weniger am kulturellen und sportlichen Leben der Stadt teil. Daher fordern wir GRÜNE ein finanziell gut ausgestattetes

kommunales Programm gegen Kinderarmut. Alleinerziehende sind verstärkt auf ihnen angemessene Öffnungszeiten von Kindertagesstätten angewiesen und müssen von der Stadt gezielt beraten werden. Die Selbsthilfegruppe der Alleinerziehenden ist von städtischer Seite zu unterstützen. Für bedürftige Familien, für Familien mit mindestens drei Kindern und für Alleinerziehende wollen wir unkomplizierte Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen – das wäre mit dem von der GAL beantragten, aber bisher von der Stadtratsmehrheit geblockten Kultursozialticket möglich gewesen.

Wir setzen uns für eine starke Kinder- und Jugendarbeit als Ort der Partizipation, Bildung und Inklusion ein. Wir befürworten die Überprüfung vorhandener Angebote und Strukturen und fordern erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten. Sie sollen den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen und alle einbeziehen, auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Wir unterstützen alle Familien, ob mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder verpartnert. Familien leisten viel. Manche Familien sind mit Arbeit, Betreuung der Kinder, Pflege und den tagtäglichen Erledigungen überfordert. Sie benötigen aus unserer Sicht möglichst viel Unterstützung. Als besonders nachhaltige Unterstützung sehen wir die Beratungen und die Arbeit der „Frühen Hilfen“ sowie der Familienhebammen an. Wir werden darauf achten, dass beides ausgebaut wird



### **Kitas schaffen Perspektiven**

Wir setzen uns für ein sozial gerechtes und leistungsstarkes Bildungswesen ein. Wir haben das Ziel, dass alle Kinder und Jugendliche ermutigt, gefördert und gestärkt werden - unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus. Die frühe Bildung ist der Schlüssel für eine chancengerechte Entwicklung. Der Bund übernimmt mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ endlich seine Mitverantwortung. Auf Grundlage der Landes- und Bundesförderung

streben wir GRÜNE umfassende Verbesserungen der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Bamberg an. Wir setzen uns für die Gestaltung anregender und sicherer Lebensräume sowie für vielfältige kulturelle Angebote für Kinder ein. Kinder aus armen und benachteiligten Familien sowie Kinder mit Migrationshintergrund haben immer noch viel geringere Bildungschancen als Kinder aus Familien mit höherem Einkommen und höheren Bildungsabschlüssen. Wir setzen deshalb unsere Priorität auf den zügigen Ausbau der Kitas. In einer Kita-Offensive wollen wir für den Bau von 500 zusätzlichen Kitaplätzen sorgen.

### Schulen für Morgen ausstatten

Bamberg ist für eine optimale räumliche und materielle Ausstattung der Schulen zuständig. Ebenso sollte die Stadt für Schulentwicklungsmaßnahmen und Unterstützungssysteme sorgen. Wir setzen uns für die längst überfälligen Investitionen in Erweiterungen und Sanierungen an Schulen ein. Die Jahrhundertaufgabe „Schulhaussanierung“ muss endlich



beherzt angegangen werden. Wir unterstützen soziale Gerechtigkeit, Inklusion sowie Weiterentwicklung aller Schulen zu Lern-Lebensräumen.



Ausreichende und bezahlbare Betreuungsplätzen mit unterschiedlichen Angeboten im Bereich der Mittagsbetreuung, von Hortplätzen und offener Ganztagschule - vor allem im Grundschulbereich - sind wesentliche Voraussetzungen nicht nur für Familienfreundlichkeit, sondern auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier besteht großer Ausbaubedarf, der in den kommenden Jahren beherzt angegangen werden muss.

### Wohnen braucht Fläche

Ein familienfreundliches Bamberg braucht dringend erschwinglichen Wohnraum, auch für Menschen mit geringerem Einkommen, für Familien, für Studierende. Baugemeinschaften und Gemeinschaftswohnprojekte. Sie brauchen Flächen, die für sie bezahlbar sind und Zeit, um in Ruhe planen zu können. Hier kann die Stadt als Grundstücksverkäuferin den nötigen zeitlichen und finanziellen Spielraum sowie Beratungsleistung stellen. Eigenleistungsmodelle und -initiativen, die vorhandene Gebäude mit eigener Kraft sanieren und wieder bewohnbar machen, sind zu unterstützen.

### Bamberg: Die Stadt der guten Nachbarschaften!

Viele Senior\*innen erfreuen sich guter Gesundheit, sie sind in Kultur und Sport aktiv und bringen sich in unsere Stadtgesellschaft ein. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass die Angebote für Senior\*innen weiter ausgebaut werden, damit sie so lange wie möglich selbstbestimmt leben können. Wir möchten allen alten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, auch den armen, kranken und bisher einsam lebenden. Wir werden die



barrierefreie Gestaltung der Stadt kontinuierlich vorantreiben.

Das betrifft Bus und Bahn, öffentliche Einrichtungen, Toiletten und Wohnungen. Viele ältere Menschen bringen sich ehrenamtlich in unser gesellschaftliches Leben ein. Wir fordern, dass die Stadt verlässlich die zahlreichen Senior\*innen-Initiativen weiterhin ausreichend fördert.

Die Quartiersentwicklung sehen wir als wichtiges Element an, Senior\*innen miteinander und mit jüngeren Menschen zu vernetzen. So kann es gelingen, einsam lebende Menschen zu erreichen und passende Angebote in der Nachbarschaft und für soziale Interaktion zu machen. Die Arbeit des Seniorenbeirats der Stadt und der Arbeitsgemeinschaft der älteren Bürger Bambergs werden wir bestmöglich unterstützen.

Die von uns GRÜNEN geforderten Stadtteilzentren können ein wertvoller Konzentrationspunkt unterschiedlicher sozialer Maßnahmen sein, die nicht nur dem Einzelnen, sondern dem sozialen Klima im gesamten Stadtteil zugutekommen. In solchen Quartierszentren kommen z. B. Familien zueinander, können sich austauschen, Spielzeug und Kleidung leihen oder bei Basaren weiterverkaufen, Spielgefährte\*innen für ihre Kinder finden. Senior\*innen bekommen nicht nur Kontakt untereinander, sondern auch zu Familien mit Kindern, wo sie sich evtl. als Leih-Omas oder Leih-Opas anbieten können. Umgekehrt können Unterstützungsangebote für ältere Menschen gefunden werden. Es kann eine Tauschbörse (ich wasche dein Auto du flickst mir den Riss im Fahrradmantel), eine Jugend-Disco, Seniorennachmittage, Kochkurse, ein türkischer Abend usw. organisiert werden.

Auch Schulen und Kitas können einen wertvollen Beitrag zu guten Nachbarschaft der Generationen leisten etwa durch Oma / Opa Tage: „Was können wir von unseren Großeltern lernen? Und was können sie von uns lernen?“ Die einen zum Beispiel Stricken, die anderen die Fallstricke der Digitalisierung

### **Familienförderung benötigt Strukturen**

Die Familienfreundlichkeit stellt für Bamberg einen wichtigen Standortfaktor dar. Durch die Etablierung des Familienbeirats und der Familienbeauftragten wurden in den vergangenen Jahren in Bamberg bereits funktionsfähige Strukturen geschaffen, um die professionellen und zivilgesellschaftlichen Akteure zu vernetzen. Familienfreundlichkeit muss als wichtige städtische Aufgabe in allen Politikfeldern Einzug halten und die Entscheidungen des Stadtrats müssen auf ihre Familienfreundlichkeit hin abgeklopft werden. Das bürgerschaftliche Engagement muss aus unserer Sicht stärker gefördert werden. Hierzu sind personelle Umschichtungen im Stellenplan und finanzielle Umwidmungen im Stadthaushalt erforderlich. In der Stadtverwaltung benötigen wir ein Leitziel der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und ein entsprechendes familienbewusstes Personalmanagement. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt und ihre Betriebe und Unternehmen eigene Verantwortung übernehmen: flexible Arbeitszeitmodelle (u.a. Arbeitszeitkonten, Job-Sharing, Familien-Teilzeit) müssen auf allen Hierarchieebenen mehr gefördert werden.



# Nachbarschaft im Wandel - Quartiersentwicklung

Die Herausforderungen des demografischen Wandels lassen sich nur in einem ganzheitlichen Ansatz für die Stadtentwicklung meistern. Ein zentraler Baustein ist der stadtweite Ausbau an Quartiersbüros in angemessener und ausreichender Anzahl, eine lückenlose Vernetzung unter den Büros sowie ein ausgewogenes Angebot an fachlicher Info, medizinischer Beratung und Betreuung gekoppelt mit anregenden gemeinschaftlichen Freizeitaktivitäten, sozialen Kontaktmöglichkeiten und Unterstützung von allen Menschen in allen anfallenden Alltagssituationen mit besonderem Augenmerk auf ältere Mitbürger.

Dafür brauchen wir ein stadtweit abgestimmtes Quartierskonzept mit gemeinsamen Qualitätsstandards und gemeinsamen Zielen unter Berücksichtigung der Individualität bzw. Bedürfnisse der einzelnen Stadtteile und unter Einbeziehung des Engagements aller Bürger.

## Demographie und Wandel in Bamberg

Der demographische Wandel hat in den kommenden Jahren einen großen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt Bamberg mit starken Auswirkungen in alle Lebensbereiche ihrer Bürger. Diese stellen insgesamt die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen für die Stadt für die kommenden Jahrzehnte dar.

Durch die Überalterung der Bamberger Bevölkerung wird sich der Bedarf an Pflege insgesamt, an alternativen Wohnmöglichkeiten, an einer veränderten Mobilität und an verstärkter Betreuung und Unterstützung von Senior\*innen spürbar verändern.

Steigende Lebenserwartung, geburtenstarke Jahrgänge und weiter zurückgehende Geborenenzahlen werden eine hohe Nachfrage an Pflegeleistungen auslösen. Bereits aktuell kann der Bedarf an Pflegeplätzen nicht mehr gedeckt werden, Pflegeplätze müssen häufig überregional belegt werden. Die Kostensituation wirkt sich für den Einzelnen bzw. für die Familie häufig gravierend aus.

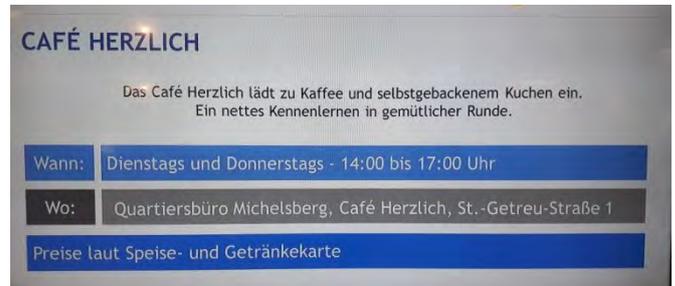
## Herausforderung Pflege

Die Stadt Bamberg ist gefordert, intensiv und zeitnah an Lösungsstrategien zu arbeiten und zügig umzusetzen, da die bestehenden Strukturen keine ausreichende Versorgung von Senioren und Seniorinnen in Bamberg bieten. Zudem sieht sich Bamberg unter anderem durch das aktuell geänderte Pflegegesetz zunehmend mit einer Verknappung an Pflegeplätzen konfrontiert. Eine weitere Verschärfung des Problems erfolgt zusätzlich durch einen hohen Mangel an Pflegekräften. Die Zahl der Menschen über 80 Jahre steigt stetig an.

Diese Situation wird sich bis 2030 weiter zuspitzen und ihren Peak zwischen 2030 und 2050 haben. Mit einer Entspannung ist frühestens ab 2050 zu rechnen. Es besteht konkret die Notwendigkeit zur zeitnahen Schaffung von ausreichenden Pflegeplätzen einhergehend mit einem Konzept zur Stärkung der pflegenden Berufe. Höhere Akzeptanz der Berufe in ihrer Außenwirkung, Steigerung der Attraktivität durch angemessene Entlohnung, geregelte Arbeitszeiten und Vermeidung von Überlastung und dem damit verbundenen vorzeitigen Ausstieg aus dem erlernten Beruf durch gesteuerte Personalknappheit aus Kostengründen.

## Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

Der demographische Wandel erfordert eine weitsichtige, zielorientierte Planung und zukunftsgerichtetes Handeln zur Gewährleistung einer angemessenen und guten Lebensqualität für ältere und pflegebedürftige Menschen.



Ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept inklusive rascher Umsetzung ist an dieser Stelle der wichtigste und unabdingbarste Schritt für die Zukunftsgestaltung einer sich verändernden Bevölkerung in der Gesamtsituation einer Welt, die selbst insgesamt im Wandel begriffen ist.

Die Stadt Bamberg hat diesen Prozess zur Entwicklung eines fundierten, seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes bereits gestartet und in stadtteilbezogener Beteiligung der Bamberger Bevölkerung passende (seniorenpolitische) Maßnahme-Empfehlungen in einigen Bamberger Stadtteilen erarbeitet. Das Pilotprojekt Wunderburg konnte bereits realisiert werden. Weitere Stadtteile wie Gartenstadt und Südwest sollen folgen.

### **Etablierung von Quartieren/Quartiersbüros (Stadtteilmanagement)**

Auszug aus dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept Bamberg aus 2015:

„Zusammenfassend bleibt für die neuen Bedarfe festzuhalten, dass es grundsätzlich gilt, offen darauf zu reagieren und kreative Lösungen zu entwickeln. Daher werden insbesondere Quartierskonzepte, Nachbarschaftshilfen und gemeinschaftliche Wohn- und Pflegeformen im Kontext einer „kultursensiblen Pflege für alle“ die ergänzenden Versorgungskonzepte der Zukunft sein“.

Quartiersbüros helfen dabei, Seniorinnen und Senioren möglichst lange einen Verbleib in der gewohnten häuslichen Umgebung zu ermöglichen und damit den Status der Selbstständigkeit zu erhalten. Sie unterstützen Angehörige, Freunde oder ehrenamtliche Helfer, mit denen häusliche Pflege oft in Kooperation stattfindet und nur durch diese überhaupt leistbar ist. Gleichzeitig kann dadurch eine Reduktion von Kosten für die Pflegeversicherung erreicht werden. Der Zeitpunkt des Eintritts in eine Pflegeeinrichtung wird möglichst lange hinausgezögert.

Die Etablierung von Quartieren mit funktionierenden, strukturierten und vernetzten Quartiersbüros kann neben der Beratung durch Fachkräfte, medizinischer Versorgung und Wohnen im Alter vor Ort u.a. über ein (teil-)ehrenamtliches Helfermanagement dazu beitragen, die Auswirkungen von sich auflösenden Familienstrukturen abzumildern, ein möglichst eigenständiges Leben zu bewerkstelligen und sozialen Austausch sowie die Teilnahme am öffentlichen Leben und damit ein Leben in Würde auch im Alter zu ermöglichen. Sozialer Kontakt versus Altersdepression.

Eine verstärkte Investition in den Aufbau der Quartiersstrukturen als „Stufe der Vorpflege“ lohnt also in jeder Hinsicht.

### **Kriterien für ein stimmiges Quartierskonzept**

Insgesamt muss die Frage, wie viele Quartiersbüros tatsächlich notwendig sind, um die Stadt Bamberg gut abzudecken, ganzheitlich betrachtet werden.

Wie viele Quartiere für welche Anzahl an Bürgern und Bürgerinnen muss es geben? Sollten die Quartiere eher großteilig angelegt werden oder ist mehr Bürgernähe durch kleinteiligere Einrichtungen möglich? Klarheit kann hier eine sorgfältige Betrachtung der Strukturen in Bamberg in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Bamberg, der Sozialstiftung und weiterer ausgewählter Akteure (Bürgervereinsvorsitzende, kirchliche Vertreter, Stadträte usw.) schaffen.

Der Betrieb allein durch einen Träger wie z.B. die Sozialstiftung reicht nicht aus. Alle Träger, die Stadt Bamberg, Wohlfahrtsverbände und kirchliche Vertreter sollen in das Gesamtkonzept eingebunden werden. Ein hoher Vernetzungsgrad zwischen allen beteiligten Institutionen ist entscheidend für Erfolg und Nachhaltigkeit. Empfehlenswert ist jeweils ein Träger pro Quartiersbüro, die Vernetzung aller Quartiersbüros untereinander und die Organisation dieser Vernetzung durch die Stadt Bamberg.

Die enge Vernetzung gewährleistet laufende Regelkommunikation bzw. lückenlose Information und ermöglicht konsequente und zielgerichtete Abstimmung bei Änderungen oder neuen Aspekten.

Die bestehenden Einrichtungen haben individuelle Aufträge. Das Angebot differiert von Einrichtung zu Einrichtung. Die Bürger brauchen jedoch ein zuverlässiges Angebot mit ähnlichem Inhalt in jedem Quartier und für alle. Die Quartiere brauchen klare, übergreifende und für alle gültige Standards.

Die Frage des Standortes der Quartiersbüros ist von enormer Bedeutung. Eine zentrale Lage mit kurzen Wegen zu Geschäften und Ärzten ist wichtig, ebenso eine gute Anbindung an den ÖPNV. Die Aufenthaltsqualität im Außenbereich und in den Innenräumen muss gewährleistet sein.

Es sollen Büroräume, Gruppenräume und Veranstaltungsräume integriert werden, die Möglichkeit, diese privat zu mieten soll als indirekte Maßnahme zur Wohnraumbeschaffung gegeben sein.

Die Quartiersbüros sollen als Anlaufstellen für verschiedene Generationen konzipiert sein. Eine gute Altersdurchmischung ist die Grundlage für nachhaltige Organisation.

Dadurch wäre an den Quartiersbüros ein hoher Grad an Mobilität möglich (z.B. durch Module wie Carsharing, gemeinschaftlich genutzte Fahrräder oder E-Bikes).

In den Quartieren sollte durch entsprechende Raumangebote ein gesunder Lebensstil befördert werden. Gemeinsames Kochen mit hochwertigen Produkten und altersgerechte Bewegungsangebote helfen zusätzlich, vorzeitige Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

Eine wichtige Rolle spielt das Ehrenamt. Pro Quartier sollte ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe standardisiert organisiert und gefördert werden. Damit einhergehen sollte ein fundiertes Briefing für alle Unterstützer bzw. regelmäßige Schulungen und laufende Betreuung und Koordination. Schüler\*innen kochen mit Senior\*innen“ → 1x pro Monat

In den Quartiersbüros sollten generationenübergreifende Veranstaltungen organisiert werden wie zum Beispiel gemeinsames Gärtnern, Strickkurse, Einkaufsservice, Ausflüge, Spaziergänge. Um die Jugend besser zu erreichen, sollten die gemeinsamen Aktionen und Unterstützungsangebote auf einer Internetplattform und den sozialen Kanälen angeboten werden.

### **Quartiersbüros in Bamberg: Was haben wir schon? Was läuft gut?**

In Bamberg gibt es bereits mehrere Quartiersbüros oder ähnliche sozio-kulturelle Anlaufstellen, die von verschiedenen Trägern verwaltet werden und sehr gute Arbeit leisten.

Diese Stadtteilbüros und ihr Angebot sind heterogen und bedienen individuelle Zielgruppen.

Es gilt zu prüfen, welche davon für ein gesamtstädtisches Quartierskonzept offen oder nutzbar wären, wo ihre jeweiligen Stärken und Ressourcen liegen und eingebracht werden könnten.

Im Anschluss müssen weitere Quartiersbüros in allen Stadtteilen, die noch ohne Versorgung sind, aufgebaut werden.

Für alle bereits etablierten Quartiersbüros gilt es, die bestehenden Stärken weiter auszubauen, Lücken zu schließen und gemeinsame Qualitätsstandards zu etablieren.

Ehrenamtliche Unterstützer sind in allen bestehenden Einrichtungen bei unterschiedlichem Organisationsgrad bereits aktiv handelnd eingebunden.

### **Quartiersbüros in Bamberg: Was fehlt noch?**

Neben den bereits vorhandenen Angeboten der bestehenden Quartiere ist auf folgende Punkte verstärktes Augenmerk zu lenken:

Dringend notwendig ist eine stabile Finanzierung für ein lebendiges Miteinander an einem lebendigen Ort, den ein Quartiersbüro bieten soll. Es sind zu wenig Ressourcen vorhanden. Ein Quartiersmanager kann nur Hilfe zu Selbsthilfe bieten, keine dauerhafte Beratung und Betreuung.

Die fachliche Beratung und medizinische Versorgung bzw. Prävention greifen nicht weit genug.

Ebenso sind allein Wohn- und Freizeitangebote nicht ausreichend.

Von hoher Bedeutung ist unter vielen weiteren Aspekten die Gewinnung, Koordination und Begleitung eines Helferkreises sowie die Initiierung und Begleitung funktionierender Nachbarschaften, die den „normalen Alltag“ von älteren Bürgern aber auch durchaus z.B. von alleinerziehenden Müttern und Vätern, die Beruf, Haushalt und Kinderbetreuung unter einen Hut bekommen müssen, individuell unterstützen.

Auch werden Fachkräfte benötigt zur Initiierung, Koordination und Begleitung aller Unterstützer. Diese könnten sich untergliedern in ehrenamtliche Unterstützung/niederschwellige Nachbarschaftshilfe und einem Helferkreis mit niederschwelliger Entlohnung unter dem Aspekt Wertschätzung und Individualität. Denkbar wäre an dieser Stelle eine Ehrenamtszuschale wie auch der Aufbau eines Zeitguthabens für spätere Dienste für den Eigenbedarf. Als nicht-monetäre Alternativen könnten Dankes-Reisen oder Einladungen zu Events in diesem Rahmen vergeben werden.

Die niederschwellige Nachbarschaftshilfe hält soziale Kontakte aufrecht z.B. durch Besuchsdienste zuhause (Schlüsselpartnerschaften, Telefonpaten), im Krankenhaus oder im Altersheim, durch Unterstützung bei Einkäufen oder Begleitung bei Spaziergängen.

Entlastung durch Helfer mit niederschwelliger Entlohnung könnte in Form von Vermittlung von Haushaltsdiensten erfolgen, durch Hol-/Bringdienste zu Ärzten oder Veranstaltungen, Begleitung bei Ärzten, Behörden oder Einkäufen. Eine Entlastung pflegender Angehöriger könnte ebenso über diesen Helferkreis erfolgen.

Die Organisation, Vernetzung und Betreuung aller ehrenamtlichen oder niederschwellig entlohnter Unterstützer sollte pro Quartier erfolgen (Nähe der Bürger untereinander, örtliche und emotionale Verbundenheit).

Die Vernetzung der Quartiersbüros, die Qualitätssicherung und die Entwicklung gemeinsamer Standards sollte hauptamtlich in der Stadtverwaltung angesiedelt sein.

### Weitere Entscheider und potentielle Mitspieler

Alle Träger der Quartiersbüros, Stadt Bamberg, Krankenkassen (Beratung, Lotsenfunktion, Orientierung und Unterstützung, Findung bestmöglicher Betreuungslösungen, Sturzprävention, spezielle Beratungsangebote, Geldgeber etc.), Pflegedienste (Vermittlung über Büros), Versorger im Alltagsbedarf (Geschäfte, Ärzte, Apotheken, Sanitätshäuser, Geldinstitute, Handwerker etc.), Bezirk

### Fazit

Eine nachhaltige, erfolgreiche Quartiersentwicklung erfordert

- eine gesamtfinanzielle Förderung des Quartierskonzeptes
- zusätzliche finanzielle Förderung einzelner Stadtteile bei der Umsetzung
- hauptamtliches Personal in der Stadtverwaltung zur kontinuierlichen, nachhaltigen Betreuung der Quartiersbüros und der Weiterentwicklung der Qualitätsstandards
- gute Öffentlichkeitsarbeit
- eine engagierte Bürgerschaft zur Mitgestaltung und Belebung
- einen zeitlichen Rahmen zur Umsetzung, der sich an den Herausforderungen des demografischen Wandels orientiert.



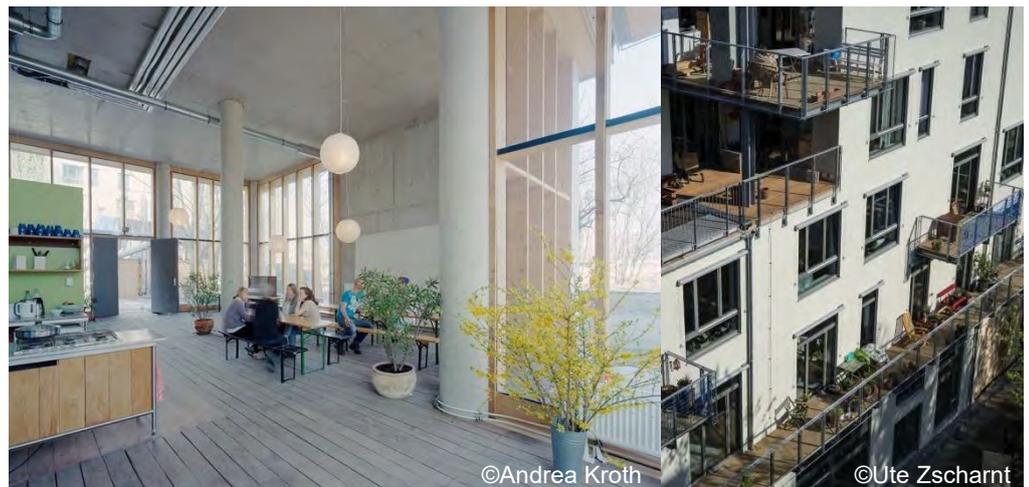
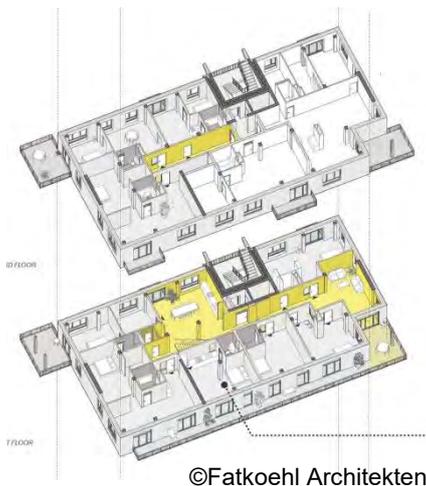
Nachbarschaftshilfe im Quartiersbüro

# Die Stadt im Wandel – Wohnen in der Gemeinschaft

Eine vertraute Gemeinschaft im unmittelbaren Wohnumfeld und der damit verbundene Austausch mit anderen gehört zu den Grundbedürfnissen, die im höheren Alter oft abhanden kommen. Daher erfordert es für deren Förderung geeignete Wohnkonzepte und genügend attraktive Angebote gemeinschaftlicher Wohnformen auf dem Wohnungsmarkt. Hervorragende Beispiele und Ansätze dafür gibt es bereits. Ein paar werden im Folgenden vorgestellt.

## Co-Housing Baugruppe

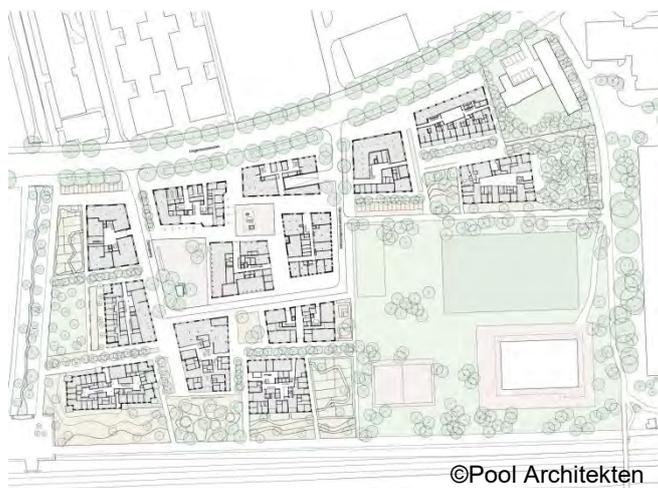
Co-Housing nennen sich Baugruppenprojekte, bei denen neben Wohnungen, welche in einem Kollektiv geplant werden, auch Gemeinschaftsbereiche vorgesehen werden. Beispielsweise kann das ein gemeinsam genutzter Garten oder eine Zone im Erdgeschoss sein, die für verschiedene Treffen und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Es ist also eine Baugruppe mit Extras, um die Gemeinschaft zu stärken. Ein in den Jahren 2012-14 realisiertes Projekt ist „Spreefeld Berlin“. Hier haben die Bewohner\*innen mit drei Architekturbüros drei Gebäude mit insgesamt 54 Mietwohnungen geplant. Die Gemeinschaftseinrichtungen umfassen dabei 800m<sup>2</sup> und weitere 80m<sup>2</sup> für auch öffentlich genutzte Bereiche, unter anderem eine Werkstatt. Zusätzlich befinden sich darin acht Gewerbeeinheiten mit einer Fläche von 1000m<sup>2</sup> (Kreativwirtschaft, Catering, Architekturbüro, Kita u.a.). In Gänze umfasste das Bauvolumen 17 Millionen Euro.



## Clusterwohnung

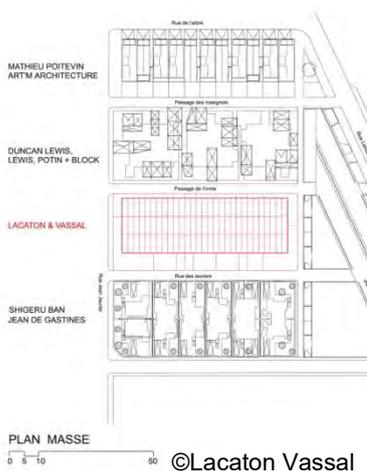
Eine Steigerung der gemeinschaftlichen Wohnqualität und eine Antwort auf Fragestellungen wie eine potentielle Vereinsamung sowie den mangelnden Generationenaustausch lassen sich als konsequente Steigerung des Co-Housing Projekts bei den Clusterwohnungen finden. Das wird am Beispiel Hunziker Areal deutlich. Hier wurde ein großes Gebiet der Stadt Zürich für den Bau von Clusterwohnungen in einem Architektenwettbewerb überplant. Aufgrund der Durchmischung verschiedener Wohnungsgrößen und verschiedener Aufteilung der öffentlichen und privaten Bereiche zeichnen sich auch unterschiedliche Gemeinschaftsbereiche mit individuellen Qualitäten ab. Ob gemeinschaftlicher Sitz- und Lesebereich über Gemeinschaftsküche, Wohnzimmer oder Veranstaltungsraum ist alles vertreten und wird von der Gemeinschaft getragen. Für den Zeitraum eines Lebens lässt sich innerhalb eines Gebäudes der Wechsel zwischen verschiedenen Wohnungstypen ermöglichen. Ein radikaler Ortswechsel, der oft den Wegfall des unmittelbaren sozialen Umfelds mit sich bringt, ist im Idealfall also hier nicht nötig. Auch in der gesamtheitlichen Betrachtung eines Stadtteils macht die Durchmischung unterschiedlicher Wohnformen Sinn (Townhouses, Geschosswohnungsbau, Maisonette, Reihenhäuser, Clusterwohnungen, Studentenwohnheim etc.). So könnten die Senior\*innen auch über die Wohnungsgrenzen hinaus stärker generationenübergreifend eingebunden sein.

Ein weiterer relevanter Schritt ist die Förderung urbaner Gebiete, die durch die Ansiedlung gewerblicher und kultureller Einrichtungen mit kurzen Wegen besser angebunden sind. Diese starke Durchmischung lässt sich kommunal nur durch ein enges Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung, Stadtrat und Gestaltungsbeirat gewährleisten. Ziel sollte es sein, die Bedingungen für Bau- und Mietgemeinschaften zu verbessern und dafür Anreize zu schaffen: beispielsweise kleinere Teilgebiete auszuschreiben oder konkrete Anforderungen beim Verkauf, d.h. Beschlüsse zu Bebauungsplanungen und Investorenauswahlverfahren festzulegen.



## Flexible Wohnungen

Unkomplizierte Umbaumöglichkeiten und freie Grundrisse bieten für ein generationenübergreifendes Miteinander ein großes Potential. Allerdings widersprechen sie zumeist der Gewinnmaximierung von Investorenprojekten. Für den Demographischen Wandel könnten diese eine Lösung für wechselnde Bedürfnisse in der Gesellschaft sein. Die Cité Manifeste in Mulhouse, Frankreich zeigt ein solches Beispiel. Entworfen und geplant von dem Architekturbüro Lacaton Vassal wurden hier Sozialwohnungen errichtet. Bestehend aus 14 zweigeschossigen Wohnungen mit einem 3m hohen Erdgeschoss aus Betonfertigteilen. Die Stahlgerüste, welche mit einer gewellten Polycarbonatverkleidung umhüllt sind, bilden drei Bögen aus. Einer der Bögen bildet zum Süden hin zu jeder Wohnung einen Wintergarten aus. Der Wintergarten misst je nach Wohnung bis zu 47m<sup>2</sup>. Die kleinste Wohnung misst 80m<sup>2</sup>. Durch die freie Grundrissgestaltung, in der lediglich Treppen und Nassbereiche festgelegt sind, wird ermöglicht, dass die Wohnungen je nach Lebenssituation an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden. Der Neubaupreis lag bei einer Wohnung von 180m<sup>2</sup> im Baujahr lediglich bei ca. 125000€ was einem Bruchteil der üblichen Baukosten entspricht. Dadurch erreichte es das Architekturbüro mit seinem ungewöhnlichen Konzept, maximalen Raum mit sozialverträglichen Mieten zu gestalten. Immerhin handelt es sich hierbei um Sozialwohnungen.



## DemenzWG

Auch für den häufigen Fall der Demenz gibt es besondere Wohnformen. Ein hervorragendes Beispiel ist das Prinzip der DemenzWG. Hierbei wohnt eine Gruppe mit bis zu zwölf mehr oder weniger fortgeschritten demenz-kranken Personen in einer Wohngemeinschaft. Der große Vorteil ist, dass hierbei die eigene Selbstbestimmung noch gegeben ist. Jeder bringt sich im Haushalt in dem Maße ein, in dem es ihm möglich ist. Das Miteinander ist so eine Bereicherung, die vielen im Alter fehlt. Zugleich gibt es, dem Ansatz ambulant vor stationär folgend, eine gemeinsame Pflegekraft. Das Pflegeangebot kann bis zu einer 24-Stunden-Betreuung umfassen. Dabei werden separate Wohnungs- und Pflegeverträge abgeschlossen. Es gibt Internetportale und Foren, die direkt auf die Suche nach DemenzWGs ausgerichtet sind und geeignete Angebote vermitteln. In einigen Gruppen ist auch das Probewohnen möglich.



## Wohnungstausch

Das frühzeitige Umdenken für den Wechsel der Senioren in barrierefreie und kleinere platzsparendere Wohnräume bietet nicht nur finanzielle Anreize. Ein Tausch der Wohnung zwischen Jung und Alt ermöglicht es, auf die aufkommenden Bedürfnisse wie Barrierefreiheit, intensivere medizinische Versorgung und sinkenden Platzbedarf nach Auszug der Kinder zu reagieren. Zugleich bietet ein solcher Wechsel den benötigten Wohnraum für junge Familien. Den Wechsel der Wohnform zu unterstützen, wo es Sinn macht, sollte also ein erklärtes Ziel sein.

Der Flächenbedarf pro Kopf ist bekanntlich allgemein gestiegen und könnte so besser organisiert werden. Durch Information, finanzielle Anreize zum Beispiel durch Umzugsprämien könnten dazu Initiativen ergriffen werden. In einigen Kommunen geschieht das bereits. Ebenfalls müsste man für die Vermieter Anreize schaffen, denn oft scheitert ein solches Vorhaben daran, dass die Senioren in Ballungsräumen trotz eines Wechsels in kleinere Wohnungen deutlich höhere Mieten zahlen müssen.



## Die "Altengerechte" Stadt bietet ein großes Potential für alle

„[...]Senioren (in der Rente sind) gezwungen (auch wenn ihnen das in den seltensten Fällen unmittelbar bewusst ist) sich selbst eine (Zeit-) Struktur zu geben, ihren Sinn selbst zu bestimmen, die Wertschätzung sozusagen selbst zu organisieren und die eigene soziale Rolle selbst zu finden. Dazu wird ein sozialer Raum benötigt, in dem das geschehen kann. Bei manchen mag dies der Urlaubsort oder das Ferienhaus sein; aber bei der überwiegenden Mehrheit bleibt nur die Stadt, der Stadtteil, das Wohngebiet oder das Quartier als jener soziale Raum, in dem man Wertschätzung bekommen kann, eine Rolle spielen kann – oder eben auch nicht. Stadt und Stadtteil werden also eigentlich gebraucht, um Wertschätzung zu erhalten, Geborgenheit herzustellen, sich selbst zu strukturieren, zum Sinn-Geben, RollenSuchen und -Lernen, Sicherheiten aufzubauen“

## Infrastruktur im öffentlichen Raum



Der im Alter immer enger gefasste Bewegungsspielraum verdeutlicht also zugleich die Wichtigkeit, wie dieser gestaltet ist. Die "Altengerechte Stadt" fördert Begegnungen zwischen Alt und Jung, bietet Sicherheit und ein lebendiges inklusives Umfeld, nicht zuletzt auch durch geeigneten, zugänglichen und erschwinglichen Wohnraum. Die „Altengerechte Stadt“ ist eine Leitvorstellung, jedoch kein reales Planungsziel. Für deren Gelingen ist Partizipation und Mitbestimmung essenziell. Einige Aspekte, die es im öffentlichen Raum auch im Sinne der alternden Bevölkerung zu berücksichtigen gilt, werden im Folgenden genannt.

**Barrierefreiheit** auf den Gehbereichen ist ein zentraler Aspekt, welcher stetig geprüft und verbessert werden muss, da sie die Autonomie der Senior\*innen weitgehend bedingt. Stufen, Bordsteine und ähnliche Hindernisse sollten an den notwendigen Stellen mit Rampen, Treppenliften und Aufzügen ausgestattet sein. Das gilt auch für den Außenbereich und Innenbereich öffentlicher Gebäude.

**Kurze Wege** kombiniert mit einer guten Anbindung durch den ÖPNV sind nicht nur für die Senior\*innen wichtig, sondern dienen Alt und Jung. Auch wirken Sitzbänke in regelmäßigen Abständen unterstützend, da längere Distanzen auch mit Pausen zurückgelegt werden können. Neben der Sicherheit ist auch der unmittelbare **Zugang zur Nahversorgung** wichtig.

Niedrigschwellige Angebote für die Freizeitgestaltung wie Sport, der Zugang zu Freiräumen wie Parks, Plätzen und Wäldern und eventuellen Bezirkstreffpunkten darf dabei nicht vernachlässigt werden. Um regionale Defizite deutlicher lokalisieren zu können und auch die Teilhabe der Senior\*innen zu fördern, könnte es hilfreich sein, in regelmäßigen Abständen Umfragen durchzuführen. Die Ergebnisse könnten dann in den künftigen kommunalen Planungsprozess einfließen.



*Jonas Glüsenkamp, OB Kandidat für ein Grünes Bamberg:*

*"Der demografische Wandel ist eine Generationenaufgabe, bietet aber auch Feiräume für eine lebenswerte, lebendige Stadt der guten Nachbarschaften, der kurzen Wege und der gelebten Solidarität."*

# Selbstbestimmt Wohnen im Alter

Selbstbestimmt Wohnen im Alter ist ein Wunsch der meisten Bürger\*innen, der durch gute Beratung häufig realisierbar ist. Dieser Weg ist auch für die Kommune notwendig, ermöglicht er doch der kommunalen Daseinsvorsorge in Zeiten knapper Fachkräftenressourcen und noch knapperer Grundstücke (für den Bau weiterer Pflegeeinrichtungen) gerecht zu werden. Voraussetzung hierfür ist der Ausbau der Beratungskapazitäten, die Förderung der Vernetzung der verschiedenen Beratungseinrichtungen, sowie die Fortbildung in den Feldern Methodik und Technik. Zur Unterstützung und zum Erhalt der Arbeit der pflegenden Angehörigen ist die Bereitstellung ausreichend lokal verfügbarer Kurzzeitpflegekapazitäten unabdingbar.

Die meisten Menschen wollen ihren Lebensabend zu Hause verbringen. Der Umzug in neue, gemeinschaftliche Wohnformen ist für Viele undenkbar, der Weg ins Pflegeheim dann die unvermeidliche Alternative, wenn es zuhause nicht mehr geht. Jüngere Forschungsergebnisse zeigen, dass der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit auch bei großem Unterstützungsbedarf möglich ist. Die Voraussetzungen, dass dies gelingt, müssen aber von den Kommunen mit geschaffen werden.

Drei Faktoren bestimmen, neben dem Willen und der Bereitschaft der Angehörigen, das Geschehen und den Erfolg: Unterstützung der pflegenden Angehörigen durch gute, niederschwellige Beratung, entlastende stationäre Angebote im Verhinderungsfall (Kurzzeitpflege) und Förderung nachbarschaftlicher Hilfen zur Stärkung familiärer Netzwerke.

## 1. Gute Beratung

Das ist mehr als die Weitergabe von Infomaterial zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Das wissen auch die Mitarbeiter\*innen der Fachstelle für pflegende Angehörige, die Seniorenbeauftragte der Stadt, die Wohnberatung von Stadt und Landkreis, die Pflegeberater\*innen der Pflegekassen oder die vielen ehrenamtlich tätigen Wohnberater\*innen. Im Forschungsprojekt „9x selbstbestimmt wohnen in Oberfranken“, gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege wurde deutlich, dass gute Beratung mehr braucht:

- Zeit für die Erfassung der Situation und Beratung des gesamten Netzwerks (Angehörige, Freunde, Nachbarn)
- Zeit für den Aufbau von Vertrauen und die nachhaltige Begleitung des Netzwerkes
- Zeit für die gemeinsame Entwicklung von Lösungsstrategien, die umso besser greifen je stärker die Mitglieder des Netzwerkes dabei aktiv eingebunden sind,
- Umfassende Kenntnisse der sozialrechtlichen Ansprüche (SGB XI und V, Pflege-Stärkungsgesetze, Förderprogramme für den barrierefreien Umbau, Finanzierung Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen)
- Umfassende Kenntnisse des barrierefreien Umbaus
- Umfassende Kenntnisse der technischen Assistenzsysteme, die für Sicherheit und Wohnkomfort, erleichterte Kommunikation und automatisches Erkennen von Krisensituationen sorgen können
- Kompetenzen in der Entwicklung eines Lastenheftes für die Vergabe von technischen Aufträgen an den Handwerker
- Zeit für den Aufbau und die Pflege eines partnerschaftlichen Netzwerkes aller Akteure (Beratungsstellen, Pflegekassen, Handwerk)



## 2. Entlastung pflegender Angehöriger

Die Arbeit pflegender Angehöriger kann gar nicht hoch genug geschätzt und öffentlich gewürdigt werden. Fast 70% aller Pflegeleistungen werden von den Angehörigen erbracht.

Der Gesetzgeber hat in den letzten Jahren verschiedene Programme verabschiedet, um die pflegenden Angehörigen zu entlasten. Allen voran die Maßnahmen zur Finanzierung und zur Förderung der Verhinderungspflege. Sind Angehörige verhindert, die Pflege zu leisten, werden die Kosten einer befristeten Unterbringung im Pflegeheim von den Pflegekassen getragen, gleichzeitig werden Träger der Altenhilfe gefördert, wenn sie derartige Kurzzeitpflegeplätze bereitstellen. Die stetig wachsende Nachfrage nach stationärer Unterbringung führt allerdings dazu, dass es de facto keine dieser dringend erforderlichen Kurzzeitpflegeplätze gibt.



smarte technische Unterstützung

Der Verwaltungsaufwand und der Integrationsaufwand der Kurzzeitpflegegäste sind zu hoch, sodass Dauergästen der Vorzug gegeben wird. Die Förderprogramme (WolaRef und Fixplus) bleiben ohne Wirkung.



moderner Treppenlift

Um zu vermeiden, dass pflegende Angehörige bis nach Nürnberg oder gar nach Marienbad/Tschechien fahren müssen, wenn sie einen Kurzzeitpflegeplatz benötigen, ist es Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge für ein lokales Angebot zu sorgen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ist die Kommune dann gefordert die Initiative zu ergreifen, wenn die Kräfte des freien Marktes kein entsprechendes Angebot bieten oder bereitstellen.



Herdwächter zur automatischen Abschaltung bei Gefahr

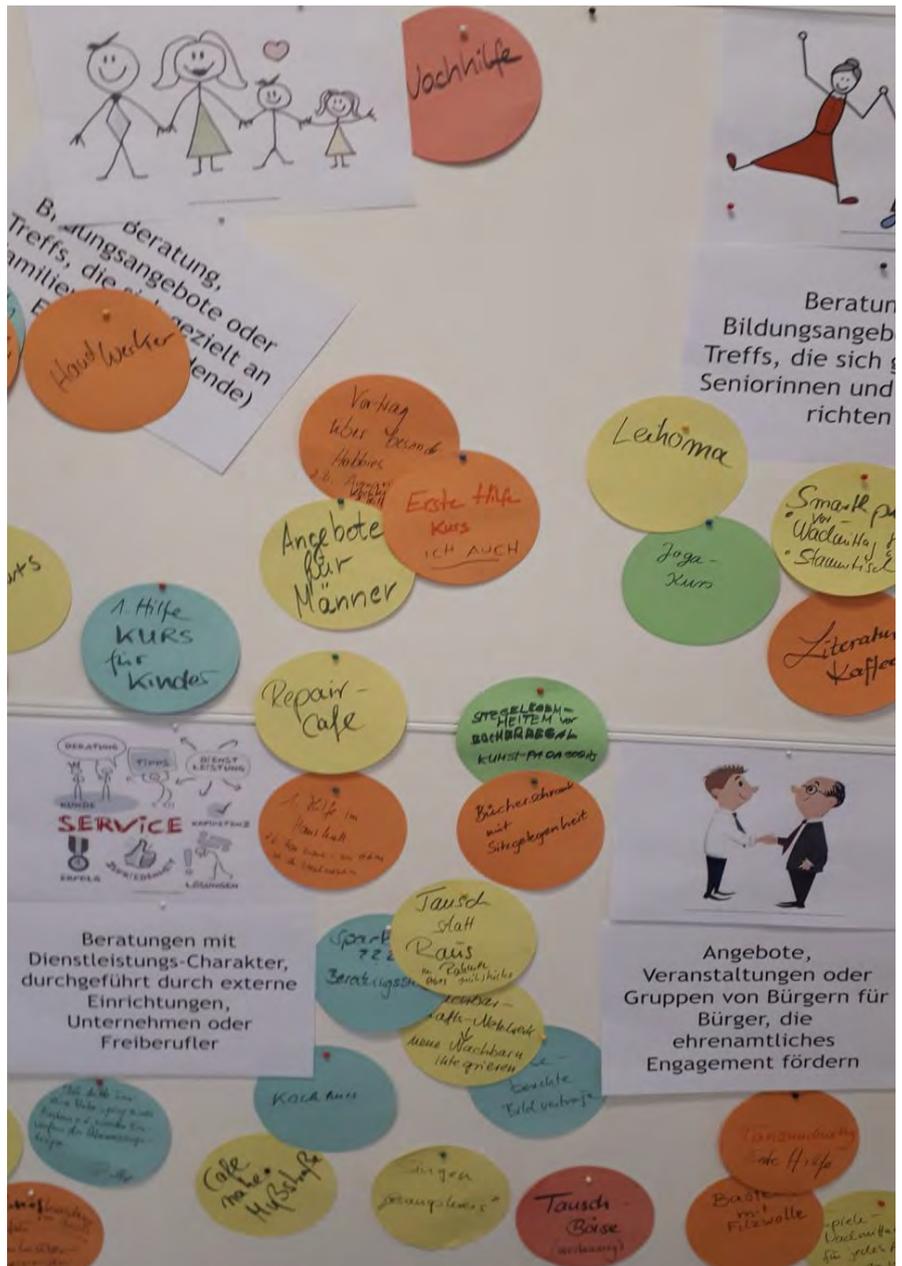
Wir fordern deshalb die Stadt auf zu prüfen, wo eine Kurzzeitpflegeeinrichtung in kommunaler Trägerschaft errichtet werden könnte. Und außerdem im Haushalt Mittel für ein etwaiges Defizit bereitzustellen.



mobiler Notruf mit GPS-Ortung

### 3. Stärkung familialer Netzwerke durch Nachbarschaftliche Hilfen und Quartiersorientierung

Die meisten pflegenden Angehörigen sind weiblich. Sie übernehmen nach der Kindererziehung nun häufig ein zweites Mal unentgeltliche Familienarbeit und riskieren auf diese Weise ein eigenes Altern mit höherem Armutsrisiko und geringerem eigenen Renteneinkommen. Auf Bundesebene muss dringend darüber beschlossen werden, diese Arbeitsleistung zumindest Renten relevant zu bewerten, da eine angemessene Entlohnung dieser Arbeit wohl die Möglichkeiten des Bundeshaushaltes übersteigen würde bzw. dort dafür keine Mehrheiten zu finden sein werden. Das Potenzial der pflegenden Angehörigen ist im demographischen Wandel allerdings rückläufig, sodass ergänzende Ressourcen aufgebaut werden müssen. Wenn wir davon ausgehen, dass alle Mitglieder der Pflegekasse ihre Ansprüche im Pflegefall auch einlösen können müssen, müssen auch die entsprechenden Hilfestrukturen vorhanden sein. Das bedeutet es gibt ausreichend stationäre und ambulante Hilfen und hierfür auch ausreichend Fachpersonal.



Angebote im Quartiersbüro Bamberg Mitte

Angeht die vorliegenden Zahlen für Bamberg, die einen Bedarf von zusätzlichen 500 Pflegebetten und bis 2030 einen Mehrbedarf an 600 Pflegefachkräften prognostizieren, kann auf kommunaler Ebene nur eine konsequente Politik „quartiersnaher, nachbarschaftlicher Achtsamkeitskultur“ helfen, das Schlimmste zu vermeiden. Anderenfalls droht 2.500 Bamberger Bürger\*innen mangelnde Unterstützung im Alter. Die vom Stadtrat im März 2019 beschlossene Beauftragung der Verwaltung ein Konzept und einen Finanzierungsvorschlag für eine derartige Quartierorientierung bis zur Sommerpause 2019 vorzustellen wird von uns ausdrücklich begrüßt und mitgetragen.

# Wohnraum im Altbestand

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter erfordert Wohnraum, der auch aus dem Altbestand stammen muss. Die statistische Auswertung des Bestandes an Wohngebäuden und Wohnungen zeigt für Bamberg ein erstaunliches Ungleichgewicht, das in fast allen Kommunen besteht und dem demografischen Wandel geschuldet ist. Denn dieser geht einher mit einem Wandel der gesellschaftlichen Einstellungen und der traditionellen Familienstrukturen.

Knapp die Hälfte aller Haushalte sind Einpersonenhaushalte und nur ca. 25 % der Haushalte sind Eltern mit Kindern oder Alleinerziehende. Dagegen sind nur ca. 20 % der Bamberger Wohnungen 1- oder 2-Zimmerwohnungen und immerhin fast 60 % der Bamberger Wohnungen haben 4 oder mehr Zimmer.

Zudem zeigen die Prognosen für die Veränderung der Nachfragepotentiale, dass die Zahl der Einpersonenhaushalte bis 2060 ungefähr gleich bleiben, die Zahl der Haushalte mit 2 oder mehr Personen aber stark abnehmen wird.

Aus diesen bundesweiten Entwicklungen folgt, dass neben der Schaffung neuer Wohnformen in Neubauten auch Ideen entwickelt werden müssen, wie der vorhandene Wohnraum im Altbestand neu aufgeteilt werden kann. Wenn es gelingt, dass Senior\*innen im eigenen Quartier ihre großen, weitgehend ungenutzten Räume zugunsten kleinerer, altersgerechter Wohnungen räumen, dann wäre dies ein weiterer Baustein zur Beseitigung der drängenden Wohnungsnot in Bamberg.

## Wir wollen die Einrichtung einer Planstelle in der Stadtverwaltung, die sich professionell und nachhaltig den folgenden Aufgaben widmet:

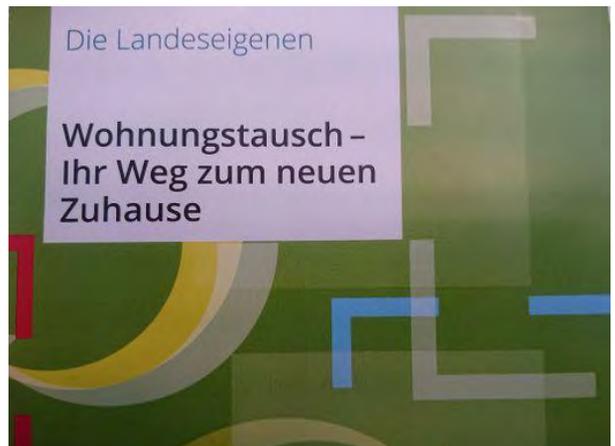
Installation einer Wohnungstauschbörse mit entsprechender Vermarktung, Organisation und Betreuung.

Hilfe bei der Anbahnung gemeinschaftlicher Wohnformen, die es ermöglichen, familiäre und nachbarschaftliche Ressourcen zu bündeln.

Beratung und Unterstützung für alle Konflikte, die sich für Senior\*innen in den eigenen Wohnungen ergeben können: Barrierefreiheit, technische Unterstützungssysteme, Wohnraumaufteilung, Umbaumaßnahmen.

„Abwrackprämie“ für Senior\*innen, die ihre großen Wohnungen aufgeben.

Koordination von "Wohnen für Hilfe": Senior\*innen vermieten günstig ungenutzte Wohnräume gegen vereinbarte Unterstützungsleistungen der Mieter (Hilfe im Garten, beim Einkauf, ...). Beratung in allen juristischen Fragen.



# Mobilität im Wandel - Anforderungen an eine alternde Stadt

Mobilität bis ins hohe Alter ist eine der Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben mit erfüllenden sozialen Kontakten. Notwendig ist die Stärkung des Umweltverbunds und eine Infrastruktur, die eine sichere Nutzung aller Mobilitätshilfen ermöglicht. Dabei gilt es Hürden und Barrieren abzubauen, die sich vor Langzeitautofahrern beim Wechsel zum Umweltverbund auftürmen.

Mobilität wird mit zunehmendem Alter zu einem immer kostbareren Gut mit immer stärkerem Einfluss auf verschiedene Lebensbereiche. Bewegung verzögert das Nachlassen der körperlichen Leistungsfähigkeit, hält geistig länger fit und ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Vereinen, der Gemeinde oder bei kulturellen Veranstaltungen.

Eingeschränkte Mobilität bedeutet Verlust an Lebensqualität. Die sozialen Kontakte, welche Lebenslust, Selbstwert und Freiheit vermitteln, verkümmern zunehmend. Die Anforderungen des Alltags wie Behördengänge oder Arztbesuche bereiten Probleme.



Die Mobilität in einer älter werdenden Stadt verändert sich. Nicht mehr Ziel- und Quellenverkehr zu bestimmten, dem Arbeits- und Konsumverhalten angepassten Zeiten dominieren die Verkehrsströme, sondern das heterogene, freizeitorientierte Verhalten einer wachsenden Zahl selbstbewusster und durchaus mobiler Senior\*innen.

Die Verkehrsleistung der 55-84-Jährigen nimmt nach wie vor kontinuierlich mit steigendem Alter ab, dennoch werden mehr und weitere Wege zurückgelegt. Aktivitätenstruktur und Zielwahl im Alter verändern sich; der Anteil von Fußwegen am täglichen Wegeaufkommen wird wesentlich größer. Mobilitätsstile differenzieren sich weiter aus.



Der demografische Wandel mit seinen veränderten Mobilitätsbedürfnissen kann als Hebel genutzt werden für eine langfristige Stärkung des Umweltverbundes mit positiven Auswirkungen auf die Lebensqualität, den Gesundheitsschutz für die Anwohner und die Attraktivität der Stadt. Wir wollen den Wandel so gestalten, dass er über die Generationen wirkt und auch das dereinst verjüngte Bamberg blühen lässt.

Voraussetzung für alle wirkungsvollen Maßnahmen zur Stärkung des Umweltverbunds ist in jedem Fall die Bereitschaft, den knappen Verkehrsraum neu aufzuteilen.

# Handlungsfelder einer altersgerechten Mobilität in Bamberg

**Kurze Wege für mehr Lebensqualität in lebendigen öffentlichen Räumen. Davon profitieren alle Bevölkerungsgruppen.**

Alle langfristigen, übergeordneten Ziele der Stadtplanung sind diesem Ziel unterzuordnen. Wir setzen uns ein für die Installation eines hauptamtlichen Referenten für Mobilität mit besonderer Verpflichtung zur Stärkung und Vernetzung des Umweltverbundes.

Im Anforderungsprofil des Referenten für Mobilität liegt auch die Weiterentwicklung des Mobilitätssiegels der ARGE (Arbeitsgemeinschaft älterer Bürger) für die Stadt Bamberg. Mit dem Mobilitätssiegel können Gebäude, Orte, Dienstleistungen, Veranstaltungen, Institutionen, Unternehmen und Kommunen nachweisen, dass sie ein besonderes Augenmerk auf die Mobilitätsanforderungen älterer Menschen gerichtet haben.

## **Förderung des Fußverkehrs**

Der Anteil des Fußverkehrs am Verkehrsaufkommen wird zunehmen. Diese Entwicklung wollen wir mit dem Ziel einer lebendigen, gesunden Innenstadt und im Interesse des Einzelhandels fördern.

Die Stadt sollte eine Kampagne starten, um ältere Autofahrer\*innen über verkehrsrelevante altersbedingte Leistungseinbußen und über die Auswirkungen von Medikamenten auf die Verkehrstüchtigkeit aufzuklären. Ältere Mitbürger\*innen sollten für die Gefahren des Straßenverkehrs sensibilisiert werden

Um dem verstärkten Sicherheitsbedürfnis von Senior\*innen Rechnung zu tragen, sollten ausreichend lange Grünphasen für Fußgängerinnen und Fußgänger geschaltet werden und es sollten vermehrt Geschwindigkeitsüberwachungen in Tempo-30-Zonen oder Hauptverkehrsstraßen durchgeführt werden. Notwendig ist auch eine intensivere Überwachung des ruhenden Verkehrs (zugeparkte Gehwege, Radwege und Fußgängerüberwege).

Eine seniorengerechte Verkehrsraumgestaltung (Tempo 30, Verkehrsberuhigung) gibt ebenso Sicherheit wie Querungshilfen (Gehwegvorstreckungen und Mittelinseln), die für mehr Übersicht und Sichtbarkeit sorgen. Die zunehmende Zahl an Gehhilfen erfordert ausreichend dimensionierte und "rollatorgeeignete" Gehsteige.

Alle öffentlichen Gebäude, Haltestellen und Bahnsteige müssen mittelfristig so umgestaltet werden, dass sie barrierefrei zugänglich sind. Gleiches gilt für barrierefreie, rutschfeste, sichere und gut ausgeschilderte Gehwege.

Ein bunter Strauß an Maßnahmen kann die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum gerade für Senior\*innen fördern: Verweilmöglichkeiten auf Bänken im öffentlichen Raum, gut zugängliche, saubere öffentliche Toiletten in ausreichender Zahl, auf 3 cm abgesenkte Bordsteinkanten oder Ampeln, die auf unterschiedliche Anforderungen / Geschwindigkeiten reagieren.

Dringend notwendig zur Vermeidung von Konflikten ist die Trennung von Rad- und Fußwegen.

Ein Leuchtturmprojekt für die Aufwertung des Fußverkehrs mit gleichzeitiger Stärkung des Einzelhandels und der Aufenthaltsqualität ist eine Neugestaltung der Langen Straße mit Promenade als "Miteinander-Wege" (Shared Space).

## Förderung des Radverkehrs

Senior\*innen scheuen beim Umstieg vom Auto auf das Fahrrad in besonderem Maße vermeintliche oder tatsächliche Sicherheitsrisiken und haben wenig Vertrauen in die eigenen motorischen Fähigkeiten.

Deshalb wollen wir regelmäßige Fahrradtrainingseinheiten speziell für Ältere, die helfen, Berührungsängste abzubauen und den Glauben an eigene Fähigkeiten wiederzuerlangen. Diese "Fahrradschulen" sollten fester Bestandteil der Arbeit in den Quartiersbüros werden.

Der PÜD wird umgewandelt in einen Bürgerservice zur Erhaltung der Aufenthaltsqualität in öffentlichen Räumen. Dieser kümmert sich konsequent um die Freihaltung der Radinfrastruktur (aber auch um saubere Parks oder hilft Senior\*innen über die Straße). Polizeifahrradstaffeln sorgen für die gleichberechtigte Ahndung aller Verkehrsverstöße und ein Klima gegenseitiger Achtung und Toleranz.

Die Stadt startet gezielte Kampagnen zum Abbau aggressiven Verhaltens im Verkehr und zur Etablierung des Fahrrads als gleichberechtigtes Verkehrsmittel.

Wir wollen die vorrangige Beseitigung akuter Mängel im Radwegenetz, denn querungsfreie, rutschfeste und gut ausgeschilderte Radwege erleichtern Senior\*innen den Umstieg vom Auto auf das Rad. Wünschenswert sind 2m breite Radwege an Hauptstraßen mit 1m Puffer zum Autoverkehr, die auch das stressfreie Radeln mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten erlauben.

Mobilitätseingeschränkte Menschen benötigen Spezialräder wie Trikes mit erhöhtem Platzbedarf. Gleiches gilt für Lastenräder, die zunehmend den Warentransport in der Innenstadt übernehmen können. Elektrisch betriebene Kleinstfahrzeuge wie E-Scooter machen in der Stadt nur dann Sinn, wenn der Verkehrsraum zugunsten des Umweltverbundes neu aufgeteilt wird.



Notwendig ist die Einrichtung kreuzungsarmer, komfortabler und nachhaltig für die künftigen Mobilitätsbedürfnisse gestalteter Cityrouten mit Vorrang für den Radverkehr und klarer Beschilderung. Wir wollen ausreichend Fahrradstraßen und Fahrradquartiere im Stadtgebiet sowie eine intensive Zusammenarbeit der Stadt mit dem Landkreis beim Projekt Förderung des Alltagsradverkehrs.

Leicht zugängliche, gut beleuchtete und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten in ausreichender Anzahl sind gerade für Senior\*innen wichtig, dürfen aber keinesfalls den Fußverkehr und den ÖPNV behindern oder einschränken. Wir wünschen uns komfortable Fahrradabstellplätze mit Ladestationen für E-Bikes, zum Beispiel in öffentlichen Tiefgaragen.

Wir wollen, dass in den Quartierbüros die Organisation von Einkaufshilfen und Transporten mit Hilfe von Lastenrädern geleistet wird. Voraussetzung ist die Ausstattung der Quartierbüros mit entsprechenden Rädern. Fahrradrikschas in den Quartierbüros können für Arztbesuche, zum Einkaufen oder für Spazierfahrten genutzt werden. Ziel ist eine generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe (Student\*innen fahren Senior\*innen, ...), organisiert von den Quartierbüros und angemessen vergütet.

Auch für den Radverkehr gilt: gezielte Kampagnen rücken die Fahrradstadt Bamberg in den Fokus und helfen mit, die Fixierung auf das Auto zu überwinden.

## Bus und Bahn



**Ziel ist mittelfristig ein seniorengerechter Qualitätsschub mit entsprechender städtebaulicher Aufwertung für den ÖPNV.**

Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es, Hürden abzubauen, die Autofahrer am Umstieg auf Bus und Bahn hindern.

Ansagen und Informationen (beispielsweise Fahrpläne) müssen optisch und akustisch gut wahrnehmbar sein (z.B. ausreichend große Schrift, guter Hell-Dunkel-Kontrast).

Die Schrift an Informationsschaltern und Automaten sollte möglichst blendfrei und aus verschiedenen Höhen lesbar sein, z.B. auch aus dem Rollstuhl.

Wetterschutzte Warte- und Sitzmöglichkeiten in ausreichender Zahl erleichtern den Aufenthalt in Bahnhöfen und an Haltestellen.

Wichtig ist ein einfaches Preissystem mit einfacher Bezahlung. Fahrscheinautomaten mit klarer Menüführung sollten möglichst intuitiv nutzbar sein.

Busse und Bahnen mit niveaugleichen Einstiegen helfen mobilitätseingeschränkten Kund\*innen. Umsteigeverbindungen werden für mobilitätseingeschränkte Menschen optimiert.

Persönliche Ansprechpartner auf Bahnhöfen und in den Fahrzeugen vermitteln ein höheres Sicherheitsgefühl und können individuell auf Probleme eingehen.

Bahn- und Busfahrer legen Wert auf eine vorausschauende, sanfte Fahrweise und üben dies bei Fahrtrainings ein.

Wir wollen, dass die Stadt die Möglichkeit prüft, inwiefern "Bildungsbusse" und mobile "Arztbusse" die Teilnahme mobilitätseingeschränkter Senior\*innen am gesellschaftlichen Leben erleichtern können.

Wir wollen Mobilitätszentralen in den Quartierbüros installieren. Hier können Senior\*innen sich über ihre Verbindungen beraten lassen, den Anruf beim Sammeltaxi oder Bürgerbus erledigen (lassen) und Fahrscheine kaufen. Ehrenamtliche Mobilitätspaten in den Quartierbüros üben für Senior\*innen die Nutzung des ÖPNV ein und begleiten gegebenenfalls erste Fahrten. Auch Bürgerbusse und Anrufsammeltaxis können über Quartierbüros organisiert werden.

Wir wünschen uns zumindest 4 sogenannte BUSsi-Tag(e) im Jahr, an denen der ÖPNV frei ist für alle über 65 und an denen Buslotsen für Senior\*innen bereit stehen, zum Beispiel in den Quartierbüros.

Darüber hinaus wollen wir grundsätzlich die Möglichkeiten für einen kostenlosen ÖPNV im Stadtgebiet prüfen lassen.



# Demografischer Wandel und Pflege

**Wir müssen heute Rahmenbedingungen gestalten, um die Pflege heute und für die Folgen des demografischen Wandels zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen.**

**Unsere Gesellschaft braucht mehr Solidarität, Empathie und Respekt. Effizienz, Leistungsfähigkeit und Rentabilität dürfen nicht mehr so im Vordergrund stehen - vor allem nicht in der Pflege.**

**Wir stehen für einen solidarischen Umgang mit der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter.**

**Pflege ist eine fortlaufende Herausforderung für die kommenden Jahrzehnte.**

Die Pflege steckt in einer Krise. Dies ist bekannt und es gibt Bemühungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die Situation zu verbessern. Das Besondere an der Krise ist jedoch, dass es eine vorgelagerte Krise ist. Die Auswirkungen des demografischen Wandels kommen erst in den kommenden beiden Jahrzehnten in voller Gänze zum Tragen. Es ist daher eine Vorstufe, die schwierige Situation wird fortbestehen. Das macht die aktuelle Handlungsnotwendigkeit besonders deutlich und wichtig. Wir müssen heute Rahmenbedingungen gestalten, um die Pflege heute und für die Folgen des demografischen Wandels zu stabilisieren und zukunftsfähig zu machen.

Die aktuelle Krise in der Pflege wurzelt hauptsächlich aus vier großen Problemlagen. In der Pflege mangelt es erstens an qualifiziertem Fachpersonal. Zweitens muss die Pflege neue gesetzliche Anforderungen durch das sogenannte Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (Gesetz zur Regelung der Pflege-, Betreuungs- und Wohnqualität im Alter und bei Behinderung – PflWoqG) umsetzen, welches in der Stadt Bamberg einen beträchtlichen Abbau an bestehenden stationären Pflegeplätzen mit sich bringen wird (von aktuell 950 Plätzen auf 564 Plätze im Jahr 2026). Darüber hinaus wird die Anzahl an pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den kommenden zwei Jahrzehnten kontinuierlich steigen. Die „Babyboomer-Generation“ steht aktuell vor dem Übergang in den Ruhestand. Diese geburtenstarken Jahrgänge werden in den kommenden Jahrzehnten kontinuierlich zunehmend von Pflegebedürftigkeit betroffen sein. Der Anstieg an pflegebedürftigen Personen wird voraussichtlich um das Jahr 2040 seinen Höhepunkt erreichen. In diesem Zusammenhang steht das vierte große Problem, welches im Zuge des demografischen Wandels in Erscheinung treten wird. Bisher übernehmen pflegende Angehörige ca. 70% der Pflegeleistungen in unserer Gesellschaft. Dies ist ein beachtenswertes Engagement, v.a. von Frauen. Da die geburtenstarken Jahrgänge weniger Kinder hatten, weil die Familienstruktur in einer globalen Welt weniger fest ist, u.a. weil Familien verstreut in Deutschland oder sogar in der Welt leben und weil Frauen verstärkt in Erwerbstätigkeit gebunden sind, werden wir einen erheblichen Rückgang der Pflegeleistung der pflegenden Angehörigen erleben.

Wir GRÜNE sehen einen großen Handlungsbedarf in der Pflege. Wir GRÜNE sind aber auch optimistisch, dass Lösungen erarbeitet werden können. Wir brauchen jetzt keine Schwarzmalerei bezüglich des demografischen Wandels. Wir brauchen keine weitere Stigmatisierung von pflegebedürftigen Menschen als gesellschaftliche und intergenerationale Belastung. Wir GRÜNE plädieren für einen solidarischen und pragmatischen Ansatz bei der Bewältigung der Krise in der Pflege. Wir müssen und wollen die Probleme angehen und Lösungen erarbeiten.

**Familienfreundlichkeit ganzheitlich gedacht – Solidaritätsoffensive für die ältere Generation**

Bevor wir hier GRÜNE Lösungswege aufzeigen wollen, ist es aus unserer Sicht vorab wichtig, grundlegende ethische Fragen zu stellen.

- Wie gehen wir als Gesellschaft grundsätzlich mit dem Älter-Werden um?

- Welche Akzeptanz hat eine zunehmende Zerbrechlichkeit und Hilfsbedürftigkeit im Alter in einer kapitalistischen – auf Effizienz und Leistung getrimmten – Gesellschaft heute?
- Welchen Respekt und welche Anerkennung zollen wir denjenigen, die sich ein Leben lang für uns – für die ihnen nachfolgenden Generationen – eingesetzt und allzu oft abgearbeitet haben?
- Wie gehen wir mit Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in unserer Gesellschaft angesichts der Veränderungen in den Familienkonstellationen in einer mobilen globalisierten Welt um?
- Wollen wir allen einen Lebensabend in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen oder schaffen wir Strukturen, die Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter an einen unsichtbaren Rand der Gesellschaft abschieben und somit unsichtbar machen wollen?
- Wollen wir es weiterhin zulassen, dass Seniorinnen und Senioren sich aufgrund einer zunehmenden Hilfs- und Pflegebedürftigkeit als Last in der Familie oder in der Gesellschaft fühlen müssen, trotz und obwohl sie ihr Leben lang ihre Familien unterstützt und getragen haben?
- Oder wollen wir wieder mehr Solidarität, Empathie und Respekt in unserer Gesellschaft in den Vordergrund rücken und an dieser Stelle Effizienz, Leistungsfähigkeit und Rentabilität etwas zurückdrängen?

Unsere GRÜNE Position betont hier ein Verständnis von Familienfreundlichkeit, welches alle Lebensphasen sieht und umfasst. Wir stehen für einen solidarischen Umgang mit der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter. Unsere „Alten“ dürfen sich nicht mehr als Belastung fühlen. Wir allein stehen in der Verantwortung ein Unterstützungs- und Hilfenetz mitzugestalten und mitzutragen, dass es allen Menschen ermöglicht möglichst lange selbstbestimmt im Kreise ihrer Familien und im Kreise ihrer gesellschaftlichen Gemeinschaft zu leben.

Dort, wo Familien verstreut leben, aufgrund einer Mobilitätszunahme in einer globalisierten Welt muss die gesellschaftliche Solidarität im unmittelbaren Lebensumfeld der pflegebedürftigen Mitmenschen liegen. Nachbarschaften, Quartiere und Stadtteile sind zentrale Ort von Unterstützungsangeboten von und für alle Generationen! Das ehrenamtliche Engagement im Quartier gilt es zu stärken und zu unterstützen. Wir GRÜNE setzen uns für Lösungen der Prävention ein. Wir setzen uns für Lösungen ein, die eine vollstationäre Versorgung so gut wie möglich hinauszögern. Wir wollen Maßnahmen umsetzen, die pflegende Angehörige entlasten und unterstützen. Auch hier werden Unterstützungsangebote im Quartier gebraucht. Wir brauchen weiterhin die Devise. „Ambulant vor Stationär“. Hier ist eine Stärkung von ambulanten, aber auch von gemischten Dienstleistungen notwendig. Wir fordern zudem in Zeiten der Pflegeplätzeknappheit bessere finanzielle Anreize zur Schaffung von Kurzzeitpflegeplätzen. Hier liegt ein Schlüssel u.a. zur Entlastung von pflegenden Angehörigen. Wir fordern zudem Kliniken auf, im Zuge eines Entlassmanagements, mehr eigene Kurzzeitpflegeplätze anzubieten. Zudem verlangen wir Finanzierungsmöglichkeiten, um innovative Modelle in der Pflege testen zu können. Wir brauchen neue Lösungen, um besser z.B. mit dem Thema Demenz umgehen zu können.

Gleichzeitig brauchen wir, wenn eine stationäre Versorgung unumgänglich geworden ist, gute und qualitätsfördernde Rahmenbedingungen in der Pflege. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen für das Personal sowie ausreichend stationäre Pflegeplätze in der Region. Wir wollen keine Vermittlung von stationären Pflegeplätzen ins Ausland. Wir fordern die Bereitstellung von Grundstücken zum Bau ausreichender stationärer Pflegeplätze. Wir GRÜNE wollen eine familienfreundliche Region sein und bleiben. Familienfreundlichkeit endet nicht mit dem Großziehen der eigenen Kinder, sondern bleibt ein Leben lang wichtig, inklusive bei auftretender Pflegebedürftigkeit oder der Begleitung bei Sterbefällen. Familienfreundlichkeit ist darüber hinaus ein wichtiger Standortvorteil, der auch für die Wirtschaftskraft in Bamberg sehr wichtig bleibt. Wir wollen dabei alle Generationen der Familien im Blick behalten. Der solidarische Umgang mit Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter ist Teil unseres ganzheitlichen Verständnisses von Familienfreundlichkeit.

## **Rahmenbedingungen jetzt gestalten – solidarische und pragmatische Lösungen für die Pflege von heute und morgen**

Situation und Probleme in der Pflege sind bekannt. Es besteht kein Wissensproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Nun müssen die notwendigen nächsten Schritte auf Bundes- und Landesebene sowie in der Kommune gegangen werden.

Wir GRÜNE fordern verstärkte Bemühungen und ein erhöhtes Tempo bei der Umsetzung von Lösungswegen auf allen Ebenen. Lösungswege sind bekannt. Wir wollen keine Schuldzuweisung oder Zuständigkeitsabwehr. Alle müssen ihren Beitrag leisten, um die Pflege für die Zukunft zu sichern.

Wir GRÜNE Bamberg setzen uns ein, dass die notwendigen kommunalen Schritte gegangen werden. Wir GRÜNE fordern in diesem Sinne v.a.:

- eine Debatte im Stadtrat und in der Öffentlichkeit über einen solidarischen und familienfreundlichen Umgang mit Hilfs- und Pflegebedürftigkeit im Alter in einer leistungs- und effizienzorientierten kapitalistischen Gesellschaft! Wir GRÜNE sehen zudem die Betonung des Standortfaktors Familienfreundlichkeit für die Wirtschaftsregion als wichtig an!
- eine flächendeckende Ausweitung der Quartiersarbeit zur Verbesserung lebensnaher Unterstützungsangebote für pflegebedürftige- und von Pflege bedrohter Bürgerinnen und Bürgern sowie für pflegende Angehörige! Die Ausweitung der Quartiersarbeit dient der Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention im Quartier und braucht ausreichend Finanzmittel (Personal- und Sachkosten)!
- die Fortführung des beteiligungsorientierten Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes (SPGK) in der Stadt Bamberg, um bürger\*innennahe Lösungen in den Quartieren zu erzielen. Wir fordern in dem Zusammenhang ausreichend personelle Ressourcen bei der Stadt Bamberg, um das Engagement der beteiligten Bürger\*innen bei der Bedarfsfeststellung im SPGK auch in eine Beteiligung an der Umsetzung der zahlreichen Maßnahmen zu überführen, da das bürgerschaftliche Engagement im Quartier eine wichtige Ressource ist, um die Herausforderungen u.a. in der Pflege gemeinsam zu meistern.
- die Bereitstellung von städtischen Grundstücken, um Träger beim Bau weiterer stationärer Pflegeeinrichtungen zu unterstützen. Wir fordern die Bereitstellung von mindestens vier städtischen Grundstücken bis zum Jahr 2025! Wir fordern zudem die Zusammenarbeit mit Landkreis Kommunen zu verstärken, um nach gemeinsamen Lösungen in der stationären Pflege zu suchen!
- die Sozialstiftung Bamberg (oder andere Träger) und die Stadt Bamberg auf, Lösungen für eine spezialisierte Kurzzeitpflegeeinrichtung (z. Bsp ein „Kurzzeitpflegehotel“: Pflegekräfte bewohnen preiswerte und attraktive Wohnungen in der Pflegeeinrichtung) umzusetzen. Wenn hierfür die finanziellen Rahmenbedingungen auf Landesebene ungeklärt bleiben, fordern wir GRÜNE eine temporär kommunal getragene Lösung bis spätestens 2025.
- eine verbesserte Unterstützung für pflegende Angehörige in Bamberg. Neben dem Betrieb der zentralen Beratungsstelle, der Fachstelle für pflegende Angehörige für Stadt und Landkreis Bamberg, brauchen wir ein dezentrales Ergänzungsangebot! Die zunehmenden Fälle von Armut und Einsamkeit im Alter brauchen beratungsintensive Begleitung dezentral im Quartier, ein Angebot, welches auch über die Ausweitung der Quartiersarbeit (siehe oben) erreicht werden soll.